

VERTRAULICHNicht zur Veröffentlichung bestimmtEidg. SteuerverwaltungD 3.PH.12
30.4.1975

B e r i c h t

über die technischen Vorbesprechungen zwischen der Schweiz
und der Republik der Philippinen über den Abschluss eines
Doppelbesteuerungsabkommens

I. Vorgeschichte

In den 60-er Jahren wurden anlässlich von Verhandlungen über ein Handelsabkommen von philippinischer Seite auch Gespräche über den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens angeregt. Dieser Plan wurde aber nicht weiter verfolgt. Erst im März 1974 haben die Philippinen die Schweiz offiziell um die Aufnahme von Doppelbesteuerungsverhandlungen ersucht.

In den letzten Jahren haben sich dank einer unwiderruflichen Staatsgarantie für den Transfer von Gewinnen und verschiedener Steuererleichterungen die Voraussetzungen für Investitionen in den Philippinen wesentlich gebessert. Die ausländischen Investitionen haben denn auch stark zugenommen, was von den philippinischen Behörden begrüsst wird. Da die Philippinen vor allem auch eine Diversifizierung der investierenden Länder anstreben, haben sie in letzter Zeit neben Verhandlungen mit ihren traditionellen Handelspartnern (USA, Japan) auch mehreren europäischen Ländern Doppelbesteuerungsverhandlungen beantragt.

Da die schweizerischen Wirtschaftskreise die Aufnahme von Doppelbesteuerungsverhandlungen mit den Philippinen begrüsst, stimmte die Schweiz der Aufnahme von technischen Vorbesprechungen zu. Diese fanden vom 11. - 15. November 1974 in Bern statt. Der schweizerischen Delegation stand Dr. Max Widmer, Chef der Abteilung für internationales Steuerrecht und Doppelbesteuerungssachen der Eidg. Steuerverwaltung, vor; die philippinische Delegation wurde von Mr. Alfredo Pio de Roda, Undersecretary of Finance, geleitet.

Grundlage der Besprechungen bildete das OECD-Musterabkommen von 1963. Die philippinische Delegation wünschte aber zahlreiche Abweichungen unter Hinweis auf die Interessenlage, die Ausgestaltung des philippinischen Steuerrechts und die bisherige Vertragspraxis. Da über die meisten wichtigen Punkte keine Einigung erzielt werden konnte, wurde auf die Aufstellung eines gemeinsamen Entwurfs verzichtet. Beide Delegationen gaben der Hoffnung Ausdruck, dass nach Konsultierung der interessierten Kreise in den beiden Ländern die Besprechungen in einem späteren Zeitpunkt weitergeführt werden könnten.

II. Ergebnis der Besprechungen

Im folgenden werden nur diejenigen Bestimmungen erwähnt, die vom OECD-Musterabkommen von 1963 und von der bisherigen schweizerischen Vertragspraxis wesentlich abweichen.

Titel und Ingress

Da in den Philippinen keine Vermögensteuer erhoben wird, erstreckt sich der Abkommensentwurf nur auf die Einkommensteuern. Dagegen möchten die Philippinen auch die "Verhinderung der Steuerverkürzung" (prevention of fiscal evasion) in den Abkommensartikel aufnehmen. Die Schweiz hat sich diesem Anliegen widersetzt.

Artikel 3 (Allgemeine Definitionen)

Den philippinischen Vorschlag, dass auch eine unverteilte Erbschaft und ein Trust "Person" im Sinne des Abkommens sein soll, hat die Schweiz nur zur Prüfung entgegengenommen.

Artikel 4 (Wohnsitz)

Zum schweizerischen Vorschlag, auch Personengesellschaften als ansässige Personen im Sinne des Abkommens anzuerkennen, wurde philippinischerseits ein Vorbehalt angebracht.

Die Philippinen möchten bei Doppelwohnsitz von Gesellschaften nicht auf den Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung abstellen, sondern diese Fälle im Verständigungsverfahren lösen.

Philippinischerseits wird schliesslich vorgeschlagen, dass das Abkommen der weltweiten Besteuerung der philippinischen Staatsbürger durch die Philippinen nicht entgegenstehen soll.

Artikel 5 (Betriebsstätte)

Die philippinische Delegation hat verschiedene Erweiterungen des Betriebsstättenbegriffs vorgeschlagen, zu denen schweizerischerseits ausdrücklich ein Vorbehalt angebracht wurde.

Absatz 2

Als Betriebsstätten sollen gelten:

- Auslieferungslager;
- Bauausführungen oder Montagen sowie die damit zusammenhängende Oberaufsicht bei einer Dauer von mehr als 3 Monaten (für die Schweiz wären wie in den Abkommen mit Malaysia und Trinidad und Tobago höchstens 6 Monate annehmbar);
- Das Erbringen von Dienstleistungen (einschliesslich Beratungstätigkeit), wenn diese Tätigkeit innerhalb von 12 Monaten länger als 3 Monate dauert.

Absatz 4

Wie in anderen Abkommen mit Entwicklungsländern (Trinidad und Tobago, Malaysia), soll eine Betriebstätte auch vorliegen, wenn ein abhängiger Vertreter über ein Warenlager verfügt, woraus er regelmässig für ein Unternehmen Waren ausliefert.

Absatz 5

Die Philippinen schlagen vor, dass ein Vertreter dann nicht als unabhängig gelten soll, wenn er seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat ausschliesslich oder fast ausschliesslich für ein bestimmtes Unternehmen ausübt.

Absatz 6

Ein Versicherungsunternehmen (ausgenommen bei Rückversicherungen) soll im anderen Staat eine Betriebstätte begründen, wenn es dort Prämien einzieht oder Risiken durch einen Angestellten oder eine andere nicht unabhängige Person versichert.

Artikel 7 (Unternehmensgewinne)

Die philippinische Delegation wünscht, dass der Betriebstättenstaat auch Gewinne aus Verkäufen und anderen Tätigkeiten besteuern könne, die das Unternehmen in diesem Staat unter Umgehung der Betriebstätte erzielt, soweit es sich um gleiche oder ähnliche Tätigkeiten handelt, wie sie die Betriebstätte gewöhnlich ausübt. Schweizerischerseits wurden Bedenken angemeldet.

Nach philippinischem Vorschlag soll eine Betriebstätte Zahlungen an die Muttergesellschaft in Form von Lizenzgebühren, Beiträgen an Verwaltungskosten und Darlehenszinsen nicht als Unkosten in Abzug bringen können. Schweizerischerseits wurde dies abgelehnt.

Artikel 8 (Schiff- und Luftfahrt)

Die Philippinen erheben von Schiff- und Luftfahrtgesellschaften eine Steuer von 2 % auf den in den Philippinen erzielten Bruttoeinnahmen. Diese Besteuerung möchten sie unter einem Doppelbesteuerungsabkommen nicht aufgeben; daher wird die OECD-Regelung abgelehnt. Die schweizerische Delegation beharrte auf der ausschliesslichen Besteuerung von Luftfahrtgesellschaften am Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung.

Artikel 10 (Dividenden)

Die Philippinen erheben auf an ausländische Gesellschaften gezahlten Dividenden in der Regel eine Quellensteuer von 35 %. Diese Steuer wird aber auf 15 % gesenkt, wenn der Wohnsitzstaat des Aktionärs die volle Steuer von 35 % an seine eigene Steuer anrechnet (sog. matching credit). Die philippinische Delegation erklärte, in einem Abkommen zur Zeit nur eine Reduktion der philippinischen Steuer auf 15 % im Mutter-Tochterverhältnis und auf 25 % in den übrigen Fällen anbieten zu können. Schweizerischerseits wurde unter Hinweis auf die vom Bundesrat für Entwicklungsländer festgelegten Grundsätze und die bisherige Vertragspraxis eine Reduktion auf 5 % im Mutter-Tochterverhältnis und auf 15 % in den übrigen Fällen vorgeschlagen.

Artikel 11 (Zinsen)

Die Philippinen erheben auf Zinsen in der Regel eine Quellensteuer von 15 %. Die philippinische Delegation möchte diesen Satz im Abkommen verankern, wäre aber bereit, bei öffentlichen Anleihen auf 10 % und in besonderen Fällen, z.B. Staatsanleihen, auf 0 zu gehen. Schweizerischerseits wurde dagegen eine Quellensteuer von 10 % als oberste Grenze bezeichnet und zudem vorgeschlagen, den Katalog der steuerbefreiten Zinsen wesentlich zu erweitern.

Artikel 12 (Lizenzgebühren)

Die philippinische Steuer auf Lizenzgebühren beträgt 35 % des Eruttbetrages. Die philippinische Delegation erklärte, in einem Abkommen könne die Steuer gesenkt werden, sofern der andere Staat trotzdem die volle Steuer anrechne (sog. matching credit); die Entlastung von der philippinischen Steuer solle mit andern Worten voll dem ausländischen Lizenzgeber zugute kommen. Im Laufe der Diskussion offerierte die philippinische Delegation eine Herabsetzung der philippinischen Steuer auf 15 % in Fällen, in denen die philippinische Regierung am schweizerischen Know-how interessiert ist. In andern Fällen müsse sie auf einer Steuer von 30 % beharren.

Schweizerischerseits wurde betont, dass die Vereinbarung einer Quellensteuer von mehr als 10 % völlig ausgeschlossen sei. Es wurde insbesondere auch darauf hingewiesen, dass Lizenzgebühren keine Nettoeinkünfte sind und die Schweiz mit einem Kostenanteil von 50 % rechnet. Eine Quellensteuer von 10 % auf dem Bruttobetrag entspricht somit einer 20 %igen Nettosteuer. Bei einer ausländischen Steuer von über 10 % könnte deshalb in der Schweiz in den meisten Fällen keine Steuer mehr erhoben werden.

Artikel 13 (Kapitalgewinne)

In einem Briefwechsel zum Abkommen soll festgehalten werden, dass Artikel 13 die Philippinen nicht daran hindert, die "Percentage Tax" von 1/4 % des Bruttoverkaufspreises zu erheben. Es handelt sich dabei historisch um eine Kapitalgewinnsteuer, die jedoch als Rechtsverkehrsteuer ausgestaltet ist.

Artikel 14 (Selbständige Tätigkeiten)

Die Philippinen schlagen für selbständig Erwerbstätige neben der festen Geschäftseinrichtung zwei weitere Anknüpfungspunkte für die Besteuerung vor, nämlich einen Aufenthalt von mehr als 90 Tagen im anderen Vertragsstaat oder eine Entschädigung für ihre Tätigkeit im anderen Vertragsstaat von mehr als 20'000 Pesos (oder den entsprechenden Frankenbetrag) im Kalenderjahr.

Artikel 15 (Unselbständige Tätigkeiten)

Die philippinische Delegation wünscht die Voraussetzungen für die Besteuerung im Wohnsitzstaat (Absatz 2) zu erschweren: der Aufenthalt dürfe 90 (statt 183) Tage und die gezahlte Entschädigung 20'000 Pesos nicht übersteigen. Schweizerischerseits wurde dieser Vorschlag mit dem Hinweis darauf, dass die 183 Tage-Klausel heute allgemein anerkannt wird, abgelehnt.

Artikel 18 (Pensionen)

Nach philippinischem Steuerrecht sind die sogenannten registrierten Pensionen von der Steuer freigestellt, von den unregistrierten wird jedoch eine Quellensteuer von 35 % erhoben; die philippinische Delegation will einen entsprechenden Vorbehalt auch in das Abkommen aufnehmen.

Artikel 20 (Studenten)

Nach schweizerischer Auffassung sollen Studenten und Lehrlinge im Aufenthaltsstaat für Einkünfte aus einer mit dem Studium zusammenhängenden Erwerbstätigkeit befreit sein, sofern diese Tätigkeit während höchstens 12 Monaten ausgeübt wird und die Einkünfte 18'000 Franken nicht übersteigen. Der philippinische Gegenvorschlag möchte die Steuerbefreiung auf 3 Jahre und auf Einkünfte aus einer studienunabhängigen Erwerbstätigkeit ausdehnen, was schweizerischerseits abgelehnt wurde, da auch schweizerische Studenten, die einer regelmässigen Arbeit nachgehen, die ordentlichen Steuern zu bezahlen haben.

Artikel 21 (Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte)

Ein philippinischer Vorschlag, dem Quellenstaat ein sekundäres Recht zur Besteuerung der nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte (z.B. Alimente oder Sozialversicherungsrenten) einzuräumen, wurde schweizerischerseits abgelehnt.

Artikel 22 (Methoden)

Philippinischerseits wird die Doppelbesteuerung durch die Anrechnungsmethode vermieden.

Für die Schweiz wird die Befreiung als Grundsatz und die pauschale Steueranrechnung der im andern Staat verbleibenden Quellensteuern auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren vorgesehen.

Die Schweiz ist zudem bereit, das Holdingprivileg im Abkommen zu verankern, während die philippinische Delegation eine Befreiung der Dividenden, die eine philippinische Tochtergesellschaft an eine schweizerische Muttergesellschaft zahlt, von den schweizerischen Steuern beantragt.

Artikel 23 (Gleichbehandlung)

Die Philippinen möchten gewisse steuerliche Vergünstigungen nationalen Unternehmen vorbehalten.

Artikel 24 (Verständigungsverfahren)

Für die Einleitung des Verständigungsverfahrens wird eine Frist von zwei Jahren vorgesehen. Die philippinische Delegation schlägt ausserdem vor, dass Aufrechnungen und Aenderungen von rechtskräftigen Veranlagungen (ausser in Hinterziehungsfällen) nur für die zurückliegenden 5 Jahre zulässig sein sollen.

Artikel 25 und 26 (Amts- und Rechtshilfe)

Die philippinische Delegation hat sowohl eine (auf Steuerbetrug und -hinterziehung ausgedehnte) Informationsklausel sowie eine Rechtshilfe beim Steuerbezug vorgeschlagen. Schweizerischerseits wurde dies kategorisch abgelehnt.

III. Beurteilung der Verhandlungsergebnisse

Die Besprechungen waren für beide Seiten wertvoll, erlaubten sie doch einen eingehenden Austausch von Auffassungen und Argumenten. In den entscheidenden Punkten, insbesondere bei den Quellensteuersätzen auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, weichen die Auffassungen der beiden Seiten noch weit voneinander ab.

Schweizerischerseits wurde von Anfang an erklärt, dass ein Abkommen, das über die bisher von der Schweiz mit Entwicklungsländern abgeschlossenen Verträge (Malaysia, Portugal, Trinidad und Tobago) hinausgeht, nicht mit der Genehmigung durch die interessierten Kreise und das eidgenössische Parlament rechnen könne. Der philippinischen Delegation wurde von ihrer Regierung nur ein sehr enger Verhandlungsspielraum eingeräumt, der eine Berücksichtigung der speziellen schweizerischen Verhältnisse nicht ermöglichte. Deshalb wollte die philippinische Delegation vorerst auch keine Sätze für die Quellensteuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren vorschlagen, sondern sich zuerst mit ihrer Regierung besprechen, in der Hoffnung, dort Verständnis für die schweizerischen Vorschläge und Argumente finden zu können. Sie gab indessen auch zu bedenken, dass anderen Staaten, namentlich den USA und Japan, keine so weitgehenden Zugeständnisse gemacht worden sind, die Schweiz somit gegenüber diesen Staaten wesentliche Vorteile erlangen würde. Auch in anderen Punkten (Betriebsstättenumschreibung, Besteuerung der Schiff- und Luftfahrtunternehmen und der Erwerbseinkünfte, Amtshilfe) sind die philippinischen Vorstellungen weit von der schweizerischen Vertragspraxis entfernt. Schweizerischerseits wurde denn auch klargestellt, dass an eine Weiterführung der Gespräche nur gedacht werden könne, wenn die philippinischen Wünsche auf die von der Schweiz Entwicklungsländern gegenüber eingeschlagene Praxis herabgesetzt werden.

CONFIDENTIELNon destiné à la publicationAdministration fédérale
des contributionsD 3.PH.12
30.4.1975

R a p p o r t

sur les pourparlers techniques préparatoires entre la Suisse
et la République des Philippines concernant la conclusion
d'une convention de double imposition

I. Historique

Dans les années 60, à l'occasion des négociations sur un accord commercial, des pourparlers sur la conclusion d'une convention de double imposition ont également été suggérés du côté philippin. Mais ce projet n'eut pas de suite. Ce n'est qu'en mars 1974 que les Philippines ont officiellement demandé à la Suisse d'ouvrir des négociations de double imposition.

Dans les dernières années, les conditions pour les investissements aux Philippines se sont nettement améliorées grâce à une garantie d'Etat irrévocable pour le transfert des bénéfices et grâce à divers allègements fiscaux. Les investissements étrangers se sont également accrus fortement, ce qui est accueilli favorablement par les autorités philippines. Comme les Philippines cherchent avant tout également une diversification des pays qui investissent, elles ont demandé dernièrement non seulement des négociations de double imposition avec ses partenaires commerciaux traditionnels (USA, Japon) mais aussi des négociations avec plusieurs pays européens.

Les milieux économiques suisses ayant accueilli favorablement l'idée de négociations de double imposition avec les Philippines, la Suisse était d'accord d'engager des pourparlers techniques préliminaires. Ces derniers eurent lieu à Berne du 11 au 15 novembre 1974. La délégation suisse était dirigée par Monsieur Max Widmer, chef de la division de droit fiscal international et des affaires de double imposition de l'Administration fédérale des contributions; la délégation philippine était conduite par Monsieur Alfredo Pio de Roda, Undersecretary of Finance.

Le projet de convention de l'OCDE de 1963 constituait la base des pourparlers. Cependant, la délégation philippine désirait apporter de nombreuses modifications compte tenu de ses intérêts économiques, de la structure de la législation fiscale philippine et de la pratique conventionnelle actuelle. Aucun accord ne pouvant être obtenu sur la plupart des points importants, on renonça à établir un projet commun. Les deux délégations formulèrent l'espoir que les pourparlers pourraient être poursuivis plus tard, après consultation des milieux intéressés des deux pays.

II. Résultat des pourparlers

Ne sont mentionnées que les dispositions qui s'écartent notablement du projet de convention de l'OCDE de 1963 et de la pratique conventionnelle suisse actuelle.

Titre et préambule

Aucun impôt sur la fortune n'étant prélevé aux Philippines, le projet de convention ne s'étend qu'aux impôts sur le revenu. Par contre, les Philippines désiraient faire mentionner également dans le titre de la convention "la prévention de l'évasion fiscale" (prevention of fiscal evasion). La Suisse s'est opposée à cette demande.

Article 3 (Définitions générales)

La proposition philippine de considérer également une succession non partagée et un trust comme "Person" dans le sens de la convention, n'a été acceptée par la Suisse que pour examen.

Article 4 (Domicile)

La proposition suisse de reconnaître également les sociétés de personnes comme des personnes résidentes dans le sens de la convention a fait l'objet d'une réserve du côté philippin.

Les Philippines ne désiraient pas s'en remettre, en cas de double domicile des sociétés, au siège de direction effective, mais résoudre ces cas en procédure amiable.

Il a finalement été proposé du côté philippin que la convention ne doit pas être contraire à l'imposition mondiale des citoyens philippins par les Philippines.

Article 5 (Etablissements stables)

La Délégation philippine a proposé divers élargissements de la notion d'établissement stable, auxquels une réserve a été expressément opposée du côté suisse.

Alinéa 2

Sont réputés établissements stables:

- Des dépôts de livraison;
- Des chantiers de construction ou de montage ainsi que la surveillance générale y relative lors d'une durée de plus de 3 mois (pour la Suisse, 6 mois au maximum, comme dans les conventions avec la Malaisie et la Trinité et Tobago, seraient acceptables);
- L'accomplissement de prestations de services (y compris l'activité de conseil), lorsque cette activité dure plus de 3 mois dans l'espace de 12 mois.

Alinéa 4

Comme dans d'autres conventions avec les pays en voie de développement (Trinité et Tobago, Malaisie), il doit y avoir établissement stable lorsqu'un représentant dépendant entretient un entrepôt de marchandises, d'où il expédie régulièrement des marchandises pour une entreprise.

Alinéa 5

Les Philippines ont proposé qu'un représentant ne doit pas être considéré comme indépendant lorsqu'il exerce son activité dans l'autre Etat contractant exclusivement ou presque exclusivement pour une entreprise déterminée.

Alinéa 6

Une entreprise d'assurances (à l'exception des réassurances) doit constituer un établissement stable dans l'autre Etat lorsqu'elle y perçoit des primes ou assure des risques par l'intermédiaire d'un employé ou d'une autre personne qui n'est pas indépendante.

Article 7 (Bénéfices des entreprises)

La délégation philippine désire que l'Etat de l'établissement stable puisse imposer également les bénéfices provenant des ventes ou d'autres activités, que l'entreprise réalise dans cet Etat sans passer par l'établissement stable, pour autant qu'il s'agisse d'activités identiques ou analogues, à celles exercées habituellement par l'établissement stable. Du côté suisse, on a fait part des hésitations.

Selon la proposition philippine, un établissement stable ne doit pas pouvoir porter en déduction comme coûts des paiements effectués à la société mère sous la forme de redevances de licences, de contributions aux frais généraux d'administration et intérêts de prêts. Du côté suisse, on refusa cette proposition.

Article 8 (Navigation maritime et aérienne)

Les Philippines prélèvent des entreprises de navigations maritimes et aériennes un impôt de 2 % sur les revenus bruts réalisés aux Philippines. Elles ne désiraient pas renoncer à cette imposition dans une convention de double imposition; par conséquent la règle de l'OCDE est rejetée. La délégation suisse a insisté sur l'imposition exclusive des entreprises de navigation aérienne au lieu de la direction effective.

Article 10 (Dividendes)

Les Philippines prélèvent dans la règle un impôt à la source de 35 % sur les dividendes versés à des sociétés étrangères. Mais cet impôt est réduit à 15 % si l'Etat de domicile de l'actionnaire impute l'impôt entier de 35 % sur ses propres impôts (matching credit). La délégation philippine a déclaré ne pouvoir offrir actuellement dans une convention qu'une réduction de l'impôt philippin à 15 % dans la relation mère-filiale et à 25 % dans les autres cas. Du côté suisse il a été proposé, en se référant aux principes établis par le Conseil fédéral en ce qui concerne les pays en voie de développement et à la pratique conventionnelle actuelle, une réduction à 5 % dans la relation mère-filiale et à 15 % dans les autres cas.

Article 11 (Intérêts)

Les Philippines prélèvent dans la règle un impôt à la source de 15 % sur les intérêts. La délégation philippine désirait maintenir ce taux dans la convention, mais serait prête à aller jusqu'à 10 % pour des emprunts publics et dans des cas particuliers, par exemple des emprunts d'Etat, jusqu'à 0. Par contre, du côté suisse, une réduction de 10 % a été qualifiée comme limite la plus élevée et il a été proposé en outre d'élargir notablement le catalogue des intérêts exonérés d'impôts.

Article 12 (Redevances de licences)

L'impôt philippin sur les redevances de licences se monte à 35 % du montant brut. La délégation philippine a expliqué que l'impôt pouvait être abaissé dans une convention, pour autant, cependant, que l'autre Etat impute l'impôt entier (matching credit); le dégrèvement de l'impôt philippin devrait en d'autres mots profiter au donneur de licences étranger. Au cours des discussions, la délégation philippine offrit une réduction de l'impôt philippin à 15 % dans les cas où le gouvernement philippin est intéressé au know-how suisse. Dans les autres cas, elle devait en rester à un impôt de 30 %.

Du côté suisse, on insista sur le fait qu'il était absolument exclu d'accorder un impôt à la source de plus de 10 %. Il fut aussi spécialement indiqué que les redevances de licences ne sont pas des revenus nets et que la Suisse compte avec une participation aux coûts de 50 %. Un impôt à la source de 10 % sur le montant brut correspond ainsi à un impôt net de 20 %. C'est pourquoi, dans la plupart des cas, aucun impôt ne pourrait plus être prélevé en Suisse si un impôt étranger dépassait 10 %.

Article 13 (Gains en capital)

Il doit être indiqué, dans un échange de lettres concernant la convention, que l'article 13 n'interdit pas aux Philippines de prélever le "Percentage Tax" de 1/4 % du prix de vente brut. Il s'agit là historiquement d'un impôt sur les gains en capitaux qui est cependant conçu comme impôt sur les transactions juridiques.

Article 14 (Activités indépendantes)

Les Philippines proposent pour les activités indépendantes deux autres points de rattachement pour l'imposition à part la base fixe, notamment un séjour de plus de 90 jours dans l'autre Etat contractant ou une indemnité pour l'activité dans l'autre Etat de plus de 20'000 pesos (ou du montant correspondant en francs) dans l'année civile.

Article 15 (Activités dépendantes)

La délégation philippine désire rendre plus difficile les conditions pour l'imposition dans l'Etat de domicile (alinéa 2); le séjour ne devrait pas dépasser 90 jours (au lieu de 183) et l'indemnité versée 20'000 pesos. La délégation suisse a refusé cette proposition en indiquant que la clause des 183 jours était aujourd'hui universellement reconnue.

Article 18 (Pensions)

D'après la législation fiscale philippine, les pensions dites enregistrées sont exonérées de l'impôt, cependant un impôt à la source de 35 % est prélevé sur les non enregistrées; la délégation philippine désire reprendre également dans la convention une réserve correspondante.

Article 20 (Etudiants)

Selon la conception suisse, les étudiants et les apprentis doivent être exonérés dans l'Etat de séjour pour les revenus qui proviennent d'une activité en relation avec les études, pour autant que cette activité ne soit pas exercée pendant plus de 12 mois et que les revenus n'excèdent pas 18'000 francs. La contreproposition philippine désirait étendre l'exonération fiscale à 3 ans et aux revenus provenant d'une activité sans relation avec les études, ce qui fut refusé du côté suisse, car les étudiants suisses qui travaillent régulièrement doivent également payer les impôts ordinaires.

Article 21 (Revenus non expressément mentionnés)

Une proposition philippine d'accorder à l'Etat de la source un droit secondaire à l'imposition des revenus non expressément mentionnés (par ex. pensions alimentaires ou rentes de la sécurité sociale) a été refusée du côté suisse.

Article 22 (Méthodes)

Du côté philippin, la double imposition est évitée par la méthode de l'imputation.

Pour la Suisse, l'exonération comme principe et l'imputation forfaitaire d'impôt des impôts à la source restant dans l'autre Etat sur les dividendes, intérêts et redevances de licences, sont prévues.

De plus, la Suisse est prête à maintenir le privilège holding dans la convention, tandis que la délégation philippine demande d'exonérer des impôts suisses les dividendes qu'une filiale philippine verse à une société mère suisse.

Article 23 (Non-discrimination)

Les Philippines désiraient réserver certains avantages fiscaux aux entreprises nationales.

Article 24 (Procédure amiable)

Pour l'introduction d'une procédure amiable, un délai de deux ans est prévu. La délégation philippine prévoit en outre que des compensations ou des modifications des taxations entrées en force (à l'exception des cas de soustraction) ne sont admissibles que pour les 5 années précédentes.

Articles 25 et 26 (Assistance administrative et judiciaire)

La délégation philippine a proposé aussi bien une clause d'information (étendue à la fraude fiscale et à la soustraction fiscale) qu'une aide judiciaire en ce qui concerne le recouvrement des impôts. La délégation suisse l'a catégoriquement refusé.

III. Appréciation des résultats des négociations

Les pourparlers ont été particulièrement utiles pour les deux parties, ils ont donc permis un échange détaillé de conceptions et d'arguments. Sur les points décisifs, en particulier en ce qui concerne les taux d'impôts à la source sur les dividendes, intérêts et redevances de licences, les conceptions des deux parties divergent encore largement l'une de l'autre.

Dès le début, la délégation suisse a expliqué qu'une convention, qui irait au-delà des conventions conclues jusqu'à présent par la Suisse avec des pays en voie de développement (Malaisie, Portugal, Trinité-et-Tobago) ne pourrait être approuvée par les milieux intéressés et le Parlement fédéral. Ce n'est qu'une marge de manoeuvre très étroite pour négocier qui a été accordée par son gouvernement à la délégation philippine, marge de manoeuvre qui ne permettait pas de considérer les rapports spéciaux suisses. C'est pourquoi la délégation philippine voulait avant tout ne proposer aucun taux pour les impôts à la source sur les dividendes, intérêts et redevances de licences, mais conférer d'abord avec son gouvernement, dans l'espoir de pouvoir trouver de la compréhension pour les propositions et les arguments suisses. Toutefois, elle fit également remarquer qu'à d'autres Etats, notamment les Etats-Unis et le Japon, elle n'a pas accordé des concessions aussi étendues, par conséquent la Suisse obtiendrait des avantages importants par rapport à ces Etats. Sur d'autres points également (définition de l'établissement stable, imposition des entreprises de navigation maritime et aérienne et des revenus d'activités, aide administrative), les conceptions philippines sont très éloignées de la pratique conventionnelle suisse. Cependant, on fit remarquer du côté suisse qu'une poursuite des pourparlers ne devait être envisagée que si les voeux philippins sont rabaissés à la pratique adoptée par la Suisse envers les pays en voie de développement.